

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Zeitweiligen
Ausschusses zur Funktional-, Verwaltungs- und kommunalen
Strukturreform am 18.09.2003**

öffentlich

Ort: Ratshof, Raum 334

Zeit: 17:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	anwesend
Herr Bernhard Bönisch	CDU	entschuldigt
Herr Dieter Lehmann	CDU	anwesend
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	PDS	entschuldigt
Herr Dr. Bodo Meerheim	PDS	entschuldigt
Herr Tilo Biesecke	SPD	anwesend
Herr Gottfried Koehn	SPD	anwesend
Herr Mathias Weiland	HAL	anwesend
Herr Bernd Stemme	UBF	anwesend
Herr Friedemann Scholze	FDP	entschuldigt
Herr Ralf Borries	Verw	anwesend
Herr Karsten Golnik		entschuldigt
Frau Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler		anwesend
Frau Silvia Jentsch		entschuldigt
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz		entschuldigt

Entschuldigt fehlen:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Information über Inhalte des Vertrages mit Sennewitz
5. Anfragen von Stadträten
6. Anregungen
7. Mitteilungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Wortprotokoll:

Frau Dr. Wünscher eröffnet die Sitzung, stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Wortprotokoll:

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert:

TOP 4 des öffentlichen Teils der Sitzung „Sachstand zur Gebietsreform in Auswertung der Gespräche mit Herrn Ministerpräsidenten Prof. Dr. Wolfgang Böhmer und Besprechung der weiteren Vorgehensweise“ wird in den nicht öffentlichen Teil der Sitzung verschoben.

TOP 5 „Information über Inhalte des Vertrages mit Sennewitz“ wird auf eine der nächsten Ausschusssitzungen verschoben.

Die in o. g. Weise geänderte Tagesordnung wird bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Wortprotokoll:

Die Niederschrift wird genehmigt.

zu 4 Information über Inhalte des Vertrages mit Sennewitz

Wortprotokoll:

Dieses Thema wird in einer der nächsten Sitzungen behandelt.

zu 5 Anfragen von Stadträten

Wortprotokoll:

Es werden keine Anfragen gestellt.

zu 6 Anregungen

Wortprotokoll:

Herr Lehmann unterbreitet den Vorschlag, sich in der Oktober-Sitzung des Ausschusses mit der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung zu befassen.

Diese wurde in der letzten Stadtratssitzung zur Beratung u. a. in den Zeitweiligen Ausschuss verwiesen. Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, dass sowohl der Vorsitzende des Bildungsausschusses der Stadt Halle sowie des Saalkreises als auch Herr Hildebrand und die Schulentwicklungsplaner des Saalkreises zu dieser Sitzung eingeladen werden.

Frau Dr. Wünscher regt an, sich in den nächsten Sitzungen mit folgenden Themen zu befassen:

- Thema ÖPNV (hierzu sollte die HAVAG eingeladen werden)
- Thema Theater- und Orchesterverträge (hierzu sollte Dr. Lettko als Gesprächspartner gewonnen werden)

zu 7 Mitteilungen

Wortprotokoll:

Herr Borries berichtet, dass sich die Gemeinde Gyps gegen eine Eingemeindung nach Magdeburg ausgesprochen hat.

Herr Borries berichtet zum Gesetz zur Fortentwicklung der Verwaltungsgemeinschaften und zur Stärkung der gemeindlichen Verwaltungstätigkeit. Danach sollen die Gemeinden in verwaltungsgemeinschaftsfreie (mit mindestens 8.000 Einwohnern) und verwaltungsgemeinschaftsangehörige Gemeinden unterteilt werden. Kreisübergreifende Gebietsänderungsverträge und die Bildung von Verwaltungsgemeinschaften werden möglich, wenn bis zum 31. März 2004 ein entsprechender Antrag vorliegt.

Verwaltungsgemeinschaften müssen 10.000 Einwohner haben. Ab dem 1. April 2004 kann das Innenministerium zwangsweise Verwaltungsgemeinschaften mit mindestens 10.000 Einwohnern bilden. Ebenso kann das Innenministerium zwangsweise verwaltungsgemeinschaftsfreie Gemeinden mit anderen Gemeinden zu einer Verwaltungsgemeinschaft zusammenschließen.

Weiterhin führt Herr Borries aus, dass mit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit die Möglichkeit zur Bildung eines Pflichtverbandes für Pflichtaufgaben des eigenen Wirkungskreises eingeräumt wird.

Für die Richtigkeit:

Datum: 26.02.13

Dr. Ulrike Wünscher
Ausschussvorsitzende

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin